Nr. 93 Dienstag, den 24. April 1923 37 Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen nachmittags. Einheitlicher Bezugspreis durch Boten oder durch die Post (abgeholt oder zugestellt) Der Bezugspreis ist am Schlusse des Textteiles bekannt gegeben. Im Paderborner Anzeiger werden alle amtl. Bekanntmachungen des Landrasamtes, der Stadt u. aller sonstigen Behörden veröffentlicht.

Redaktion und Geschäftsstelle Bahnhofstraße 13

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Lokalblatt für heimatliche Interessen
Organ f. Jedermann
in Stadt und Land

Beilagen: Unterhaltungsbeiblatt und Ratgeber für Landwirtschaft

Anzeigenpreise: Die Berechnung erfolgt im Anzeigenteil für den 34 mm breiten u. 1 mm hohen Raum, im Reklameteil für den 90 mm breiten u. einen mm hohen Raum. Gewährter Rabatt erlischt bei nicht direkter Bezahlung oder bei Zwangsbeitreibung. — Die jeweiligen Anzeigenpreise sind am Schlusse des Textteiles bekannt gegeben.

Fernruf 713 — Postscheckkonto 14342 Hannover

Curzon predigt Verständigung, Poincare wieder Haß. — Regelrechter Kommunistenputsch.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im englischen Oberhause hielt Lord Curzon eine hochbedeutsame Rede über die Möglichkeiten einer Verständigung in der Reparationsfrage.

* Nach zuverlässigen Schätzungen hat Frankreich aus dem Ruhrgebiet in der Zeit der Besetzung bisher etwa 340 000 Tonnen Kohle und Koks erhalten. Täglich gehen ungefähr 4000 bis 7000 Tonnen nach Frankreich. Im Falle der Nichtbesetzung hätte Frankreich etwa 60 000 Tonnen täglich erhalten.

* Auf Grund der Tätigkeit des päpstlichen Delegaten im Ruhrgebiet wurde der Bürgermeister Schäfer aus dem Gefängnis entlassen.

* Auf dem Bahnhof Vorhalle wurde eine Eisenbahnbrücke gesprengt, was zu scharfen Gegenmaßnahmen der Franzosen führte.

* Der preußische Minister des Innern Severing sprach im Landtage über die Zeitungsverbote, die Selbstschutzbewegung und die Vorgänge in Mülheim.

Lord Curzons Friedenshoffnung.

Die Redeschlacht, die den Kampf an der Ruhr begleitet, ist gegenwärtig „zum Stehen gekommen". Poincaré ist, um in dem militärischen Bilde zu bleiben, bemüht, uns den Geländegewinn, den wir nach der ausgezeichnet verlaufenen außenpolitischen Debatte im Reichstage und der Rede des Herrn von Rosenberg zu verzeichnen hatten, wieder abzunehmen, und er läßt deshalb mit Heftigkeit und Konsequenz alles dementieren, was danach aussehen könnte, als ob die französische Politik neuerdings etwas mehr Einsicht in die wahre Lage der Dinge aufzubringen vermöchte als bisher. Dazu gehört es z. B., daß die Nachrichten der französischen Blätter über den Inhalt des vor seinem Abschluß stehenden belgisch-französischen Reparationsprogramms kategorisch als unrichtig hingestellt werden, obgleich sich unter ihnen so maßgebende Zeitungen, wie der „Petit Parisien", befinden. Aber da ja gesagt worden war, daß Frankreich sich mit 36 Milliarden „begnügen" wolle und die Sicherung nicht in militärischer Richtung, sondern durch ein deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis anstrebe, da ferner in dem von den Zeitungen veröffentlichten Programmentwurf weder von einer Finanzkontrolle, noch von der Loslösung der Rheinlande die Rede war, so ist es wirklich nicht verwunderlich, daß Poincaré sich mit Empörung gegen den Verdacht wehrte, als ob er wirklich so viel Vernunft aufbringen könnte.

Es war auch zweifellos vollkommen falsch, dergleichen von ihm zu erwarten. Nur an der Berliner Börse war man am Freitag, als sich jene Nachrichten in der Morgenpresse befunden hatten, wieder einmal optimistisch gestimmt. Man arrangierte zur Abwechslung rasch eine kleinere, aber um so kräftigere Hausse in westlichen Montanwerten, kurz „Stinneswerte" genannt. Die Betrachtungen, die dem zugrunde lagen — Börsenleute sind wandlungsfähig und wankelmütig wie schöne Frauen — gingen dahin, daß die französische Schwerindustrie Hoffnung auf einen baldigen Abschluß des sogenannten deutsch-französischen Montantrustes hätte, und da jetzt plötzlich auch von der französischen Presse in aller Öffentlichkeit der Standpunkt vertreten wurde, daß Deutschland die verlangte Summe nicht bezahlen könne und deshalb Frankreich durch große Wirtschaftsabkommen versuchen müsse, zu seinem Gelde zu gelangen, so war man in Börsenkreisen bereits überzeugt, daß diese Ankündigung den unmittelbaren Vorboten des deutsch-französischen Kohlen- und Eisenbündnisses darstelle. Nachher hat man's dann allerdings wieder beträchtlich anders gehört, und übrig bleibt nur die Erkenntnis, daß die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nur auf wirtschaftlichem Wege oder überhaupt nicht erfolgen wird.

Aber während die Redeschlacht zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern zurzeit, wie gesagt, auf dem toten Punkt angelangt ist, bemüht man sich andern Ortes, sie in Gang zu halten und zu fördern. Das ist z. B. der offen eingestandene Zweck der letzten Oberhausrede des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen Lord Curzon. Sie stellt sich als einer der wertvollsten Beiträge zur Reparationsfrage dar. Lord Curzon läßt Deutschland in einer Weise Gerechtigkeit widerfahren, wie man sie weder von ihm selbst, der wahrlich der Deutschfreundlichkeit nicht verdächtig ist, noch überhaupt aus dem Ententelager erwarten durfte. Während Poincaré alles tat, um den günstigen Eindruck der Rede des deutschen Außenministers zu zerstören, knüpft der englische Außenminister direkt und zustimmend an sie an, und während die französischen Politiker noch heute die deutsche Zahlungsunwilligkeit proklamieren, sagt ihr englischer Kollege, daß Deutschland anerkennenswerterweise trotz schweren Mangels an Rohstoffen, trotz Lähmung der Einfuhr, trotz katastrophaler Verschlechterung der Existenzmöglichkeit der breitesten Massen und trotz des neuen Marksturzes frühere Vorschläge wieder aufgenommen habe. Deutschland habe außerdem einen Friedenspakt angeboten und wolle zahlen. Lord Curzon lehnte ferner ganz in unserem Sinne den Weg über den Völkerbund ab, weil er keine gerechte, sondern eine einseitige Lösung im Sinne Frankreichs herbeiführen würde, und er schloß, indem er die von Frankreich verfolgte Politik als gefährlich bezeichnete und sich ausdrücklich gleich dem deutschen Außenminister für den Hughesschen Plan der Festlegung und Begrenzung der deutschen Leistungsfähigkeit durch ein internationales Sachverständigenkomitee erklärte.

Besonders diese letzte Übereinstimmung zwischen englischer und deutscher Auffassung ist bedeutsam und darf auch von uns als erfreuliches Zeichen gebucht werden. Lord Curzons Worte werden in Paris gehört werden müssen, und sie sind dort nicht so leicht abzutun wie die des Herrn von Rosenberg. In Deutschland wird man sie als einen neuen Beweis dafür zur Kenntnis nehmen, daß man in der Welt doch allmählich mehr als bisher anfängt, unseren ernsten Willen zu einem wahren Weltfrieden anzuerkennen. Daraus wieder werden wir den Schluß zu ziehen haben, daß wir fester denn je den bisher eingeschlagenen Weg verfolgen müssen. Alle Wege führten einst, wie das Sprichwort sagte, nach Rom. Heute führen in Deutschland alle Wege an die Ruhr.

*

Aus dem Wortlaut der Rede.

Lord Curzon sagte am wichtigsten Punkte seiner Rede: „Ich glaube, daß, wenn Deutschland irgendein Anerbieten seiner Bereitschaft und seiner Absicht, zu zahlen, machte und seines Wunsches, die Summen durch eigens mit dieser Aufgabe betraute Autoritäten festsetzen zu lassen, und wenn dieses Anerbieten gleichzeitig genaue Bürgschaften für die Festsetzung der Zahlungen enthielte, ein Fortschritt erzielt werden könnte. Frankreich hat mehr als einmal zu verstehen gegeben, daß es willens ist, einen solchen Vorschlag entgegenzunehmen. Ich glaube, ich habe auf beiden Seiten Symptome, wenn auch nicht für ein Zusammenkommen, so doch wenigstens für eine Bereitschaft, die Bedingungen einer zukünftigen Regelung in Erwägung zu ziehen und sogar zu besprechen, wahrgenommen. Wir werden weiterhin unser Bestes tun, um die Entwicklung dieser Symptome zu ermutigen. Ich bin voller Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, wo unser Einfluß und unsere Autorität, die ganz intakt bleiben, mit Nutzen in der Richtung eingesetzt werden können, daß sie die beiden Hauptparteien zusammenbringen zu einer Besprechung und zur Entwicklung eines Problems, das ein Weltproblem und ein Friedensproblem ist."

Der Standpunkt Lord Greys.

Nach Curzon sprach Lord Grey, welcher u. a. sagte: Während der allerletzten Wochen sei die Lage in gewissem Sinne schlimmer geworden, aber in anderer Beziehung habe sie sich gebessert. Er glaube, daß Anzeichen vorhanden seien, daß die französische und die belgische Regierung einzusehen begännen, daß die Ausübung eines gewaltsamen Druckes auf Deutschland allein keine Lösung herbeiführen werde. Er glaube, sie kämen immer mehr zu der Einsicht, daß eine Lösung gefunden werden müsse, nicht allein durch ihr Sondervorgehen im Ruhrgebiet, sondern durch eine Aktion in Gemeinschaft mit den Alliierten. Dies bedeute, daß sie die Besetzung aufrechterhalten würden, bis Ergebnisse erzielt seien, aber es bedeute auch die Einsicht, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung allein nicht die Ergebnisse zeitigt, die sie instandsetzen würden, sich zurückzuziehen."

Curzons Echo.

Der Eindruck in Berlin und Paris.

Zu der sehr bedeutsamen Oberhausrede des englischen Außenministers kann seitens der deutschen Regierung natürlich erst dann Stellung genommen werden, wenn ihr genauer Wortlaut vorliegt, aber schon jetzt hat man in Berlin den Eindruck, daß hier ein wirklicher Staatsmann in einer neuen Form Wege zu finden sucht, die aus der gegenwärtigen Situation hinausführen könnten. Es wird, deshalb deutscherseits zweifellos alles versucht werden, um in positivem Sinne auf die verschiedenen Curzonschen Anregungen zu reagieren. Besonders ist man auch in Berliner Bank- und Finanzkreisen geneigt, die Ruhrrede Curzons im englischen Oberhaus gewissermaßen als Vorläufer von Verhandlungen zu betrachten. In deutschen Industriekreisen glaubt man außerdem, zwischen der Reichstagsrede Stresemanns und der Rede Curzons ein bemerkenswertes inneres „Sichverstehen" festzustellen.

In Paris ist man naturgemäß etwas ärgerlich darüber, daß Curzon so deutlich sprach. Man empfindet die Rede als eine „Dusche" für die französische Politik, und ein Pariser Blatt weiß nichts Klügeres zu antworten, als daß von einer Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch eine internationale Kommission keine Rede sein könne und daß das Ruhrgebiet bis zur vollständigen Entrichtung der Reparationssumme besetzt bleiben müsse.

Dollarkurs Montag 12 Uhr 26 500.

Der Terror in Mülheim.

Wenn die Schupo fehlt.

Die Gewaltherrschaft der von Kommunisten und Syndikalisten geführten Verbrecherbanden in Mülheim a. Ruhr ist von kurzer Dauer gewesen. Es erfolgten neue Festnahmen von Aufständischen. Auch in Barmen sind die Demonstrationen ohne Zwischenfall verlaufen. In Dortmund veranstalteten die Kommunisten eine Protestkundgebung wegen der Vorgänge in Mülheim. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die in allen Bevölkerungsschichten herrschende Erbitterung darüber, daß durch den Willen der französischen Besatzung die Stadt Mülheim zwei Tage lang dem Terror anarchistischer Banden ausgeliefert gewesen ist, ist so stark, daß selbst das kommunistische Organ in Essen, das Ruhrecho, u. a. berichtet: „Übereinstimmende Erscheinungen über Arbeitslosenbedrohungen des Ruhrgebiets lassen eindeutig darauf schließen, daß dunkle Kräfte tätig sind, das Elend für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Unter die Arbeitslosen hatten sich französische Agenten gemischt. Die französischen Imperialisten können sich hier eine Streikbrechergarde gegen die Arbeiter schaffen." Der Arbeitslosenrat verweist ebenfalls in einem Aufruf auf diese Gefahr und fordert alle Arbeitslosen auf, solche Tendenzen mit allen Mitteln im Keime zu ersticken. Die Lage im Ruhrgebiet ist nach wie vor bedrohlich, da bei der Entblößung von Polizei eine an sich geringfügige Anzahl lichtscheuer Elemente genügt, um, wie es hier der Fall war, eine Stadt tagelang durch Terror zu beherrschen.



*

Regelrechter kommunistischer Putsch an der Ruhr.

Während das kommunistische „Ruhrecho" die Vorgänge in Mülheim als eine Verfolgung friedlicher Arbeitsloser durch Krim'nalbeamte und Hakenkreuzler hinzustellen sucht, und behauptet, daß der Selbstschutz in Essen ebenfalls Gelegenheit gesucht habe, über die Arbeiter herzufallen, veröffentlicht das Zentrumsblatt „Westdeutscher Herold", Nachrichten, daß am Donnerstag abend in Essen eine Versammlung kommunistischer und syndikalistischer Elemente stattgefunden habe, in der folgende Beschlüsse gefaßt worden seien::

Volle Entfaltung der Aktivität der aus Arbeitslosen bestehenden Hundertschaften; Besetzung der städtischen Verwaltungsgebäude; Festsetzung der Beigeordneten und Beamten; Beschlagnahme der Akten, die für die Besatzungsbehörden von Interesse seien; Besetzung und Demonstrationen in der Münsterkirche, da die Ruhrhilfe von den „Pfaffen" ungerecht verteilt würde. Bei Nichtgelingen der Aktion soll zur restlosen Deckung der Forderungen mit den Franzosen Verbindung aufgenommen werden und ihnen die Arbeiter zur Verfügung gestellt werden. Bewaffnung mit Steinen und Gummiknüppeln. Es soll nicht der Angriff der Feuerwehr oder der Selbstschutzorganisationen abgewartet werden, sondern die Hundertschaften sollen selbst angreifen. Schließlich wurde noch die Plünderung der Geschäfte angeordnet.

Ein Redner, der sich gegen die Verbindung mit den Franzosen aussprach, wurde niedergeschrien und als Verräter (!) bezeichnet. Nach Schluß der Versammlung wurden die Gruppenführer der Hundertschaften noch zu weiteren Befehlsempfängen zurückbehalten. Da die Stadtverwaltung von diesen Plänen Kenntnis bekommen hatte, und rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln treffen konnte, ist es zu Zwischenfällen nicht gekommen.

Man darf wohl erwarten, daß Minister Severing den Putschabsichten der Linksradikalen gründlich nachgeht und entgegentritt, was erheblich wichtiger erscheint, wie die Untersuchungen in Münster.

Die Wirksamkeit Testas.

Freilassung des Bürgermeisters Schäfer.

General Degoutte hat durch den Vatikan mitteilen lassen, daß der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Essener Bürgermeister Schäfer mit Rücksicht auf seinen kränklichen Zustand aus dem Gefängnis entlassen wird und mit seiner Familie in einem Sanatorium oder Hotel des besetzten Gebietes Aufenthalt finden kann. Der päpstliche Delegat, Monsignore Testa, der seit drei Tagen in Berlin weilt, konnte dem Gefangenen persönlich diese Nachricht bei einem Besuch überbringen. Weitere Er-

Chronik der Gewalttaten.

— Auf dem Bahnhof Vorhalle ist nachts eine Eisenbahnbrücke von unbekannter Seite gesprengt worden. Es handelt sich um eine Gleisüberführung darunterliegender Strecken. Die Franzosen haben infolgedessen die Gleisanlagen im weiten Umkreise gesperrt und den gesamten Straßenverkehr lahmgelegt.

— Nach einer Meldung aus Bingen überfiel ein Marokkaner im Walde eine in Heidesheim wohnende Frau, die mit ihrem Sohn Holz sammelte und vergewaltigte sie unter Drohungen. Auf die Anzeige des Ehemannes wurde der Täter festgenommen.

— In Recklinghausen wird wegen weiterer Inanspruchnahme von Volksschulgebäuden durch die Franzosen der Schulunterricht allmählich zur Unmöglichkeit.

— Im Schwarzwald haben die Franzosen mehrere der dieser Tage von ihnen besetzten Orte geräumt, nachdem sie 23 Millionen Mark Bahngelder „beschlagnahmt" hatten, sie haben jedoch an alle Gemeinden des besetzten Gebietes einen Befehl erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß acht Orte, obwohl sie nicht mit Truppen belegt würden, zum besetzten Gebiet gehören.

Erleichterungen für politische Gefangene und besonders für die Häftlinge des Gefängnisses Zweibrücken, über das schwere Klage geführt wurde, sind auf demselben Wege zugesagt worden.

Msgr. Testa stattete in Berlin dem Reichskanzler einen Besuch ab. Dann fuhr er nach München zu einer Besprechung mit der bayerischen Regierung. Von da begibt er sich in das Ruhrgebiet zurück.

Sonntagsredner Poincaré.

Immer der alte Schwindel mit faustdicken Lügen und Verleumdungen.

Poincaré hielt heute nachmittag in der Gemeinde Void im Maasdepartement aus Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmals eine Rede, in der er sagte:

Deutschland sucht heute die weit zurückliegenden und unmittelbaren Ursachen der Katastrophe, die es verschuldete, vergessen zu machen. Wenn man es hört, sollten die Nationen, die sich verbündet haben, um seinem teuflischen Beherrschungsplan (!) Widerstand zu leisten, einen verleumdeten Unschuldigen vor sich gehabt haben. Deutschland bemüht sich ferner, nicht etwa durch Reue, sondern durch Lügen die Erinnerung an die Gewalttaten zu verwischen, die es im Laufe der Feindseligkeiten begangen hat. Wenn die Franzosen im Ruhrgebiet angegriffen und, um sich zu verteidigen (!!) von der Waffe Gebrauch machen mußten — sofort entstellt die deutsche Propaganda die Tatsachen und schreibt unseren Truppen das Attentat zu, das gegen sie begangen wurde. Man hofft offensichtlich, durch solche Fabeln, hinter einem dichten Vorhang die Greueltaten zu vergessen, deren sich Deutsche schuldig gemacht haben. Aber in diesem Teil des Maasdepartements wissen wir, was sich ereignet hat. Wir erinnern uns der Brandstiftungen, der Morde, der summarischen Hinrichtung von Greisen, Frauen und Kindern (!). Da das deutsche Reich jetzt Mißbrauch mit der Leichtgläubigkeit gewisser Völker treibt, so sind wir hier, es zu demaskieren.

Wenn ein Mitglied der deutschen Regierung den traurigen Mut hat, die deutsche Bevölkerung als unglückliche Opfer, wie er sich ausdrückt, des französischen Militarismus hinzustellen, dann genügt es, zu zeigen, daß derartige Redensarten lügnerisch sind, wenn man an das erinnert, was die Kommunen des Maasdepartements in den Monaten August und September 1914 ausgestanden haben. Als wir in das Ruhrgebiet einmarschierten, um Pfänder, deren Deutschland sich entledigen wollte, uns zu holen, sind wir nicht in feindlicher Absicht oder mit drohenden Gebärden erschienen. Wir hatten gewünscht und wir haben es gesagt, uns an Ort und Stelle mit den Arbeitern und Industriellen zu verständigen, damit die Kohlengruben unter der Kontrolle der Alliierten zum Nutzen der Reparationen ausgebeutet werden könnten. Die Parole, die die deutsche Regierung ausgegeben hat, ist der überall organisierte Widerstand, der systematische Streik der Beamten, die uns gezwungen haben, der Operation einen militärischen Charakter zu geben und Deutschland gegenüber eine Serie von Druckmitteln anzuwenden, um es zum Respekt vor der Ausführung des Versailler Vertrages zu bringen. Am 14. Januar haben uns die Industriellen des Ruhrgebiets davon verständigt, daß die deutsche Regierung es ihnen verboten hätte, weitere Reparationskohle zu liefern. Am 29. Januar hat die Reparationskommission, deren Machtbefugnisse die deutsche Regierung feierlich anerkannt hat, zu Lasten des deutschen Reiches eine allgemeine Verfehlung aller seiner Verpflichtungen festgestellt. Wir waren also durch den Vertrag berechtigt, alle die Sanktionen zu ergreifen, die wir für nötig erachteten, ohne daß die deutsche Regierung sie als feindselige Haltung auffassen kann. Wenn Deutschland alle diese Wahrheiten angeblich nicht wissen will, dann betrachtet es wieder einmal die diplomatischen Akten als einen Fetzen Papier und beleidigt die Intelligenz anderer Nationen (!) und bildet sich ein, wenn es fortgesetzt die augenfälligsten Ereignisse fälscht, es würde die Geister verwirren. Darauf kann es nicht rechnen.

Poincaré sagte weiter, wenn Deutschlands Außenminister behauptet, man sei ohne ernste Ursache in das Ruhrgebiet einmarschiert und hätte im Januar das Angebot von 30 Milliarden Goldmark zurückgewiesen, so könne er ihm erwidern, daß dieses Angebot erst nachträglich erfunden worden sei und niemals erfolgt ist. Wenn man heute die Ziffer von 30 Milliarden ausspricht, so geschah es ohne Zweifel, um den Sozialdemokraten zu gefallen, die diese Zahl inzwischen genannt hätten. Aber selbst dann, wenn Rosenberg die Wahrheit sagte, würde sich daraus ergeben daß, nachdem Deutschland formell im Mai 1921 als Schuldner von 132 Milliarden Goldmark sich bekannt und dadurch erzielt habe, daß das Ruhrgebiet nicht besetzt werde, nunmehr im Jahre 1923 den Alliierten weniger als ein Viertel der versprochenen Summe anbietet, damit ihm ein Moratorium von 3—4 Jahren ohne Pfänder und Garantien bewilligt würde. Wie hätte man übrigens Vertrauen haben können zu einer Verpflichtung im Jahre 1923, nachdem die Verpflichtung von 1921 nicht erfüllt worden sei. Poincaré erinnerte dann in der gleichen Weise, wie der Temps es wiederholt getan hat, an verschiedene Aufforderungen Bismarcks im August 1871 und im Mai 1872 an Frankreich und ging dann schließlich zur Frage der Schupo über, indem er wiederum wie vor 8 Tagen in Dünkirchen die Behauptung aufstellte, die Schupo sei in vielen Städten eine wahrhaft kriegerische Organisation gewesen. Seit dem Frieden habe Frankreich nicht aufgehört, Beweise von Geduld zu geben.

Die wesentlichen Bedingungen einer Annäherung beruhen auf den beiden Worten: Reparationen und Sicherheiten. Poincaré schloß, indem er erklärte, nicht nur, weil wir unsere Sprache, unsere Literatur, unsere Kunst, unsere Zivilisation, unser nationales Genie zu retten haben, müssen wir für die Interessen Frankreichs eintreten, sondern weil ohne die Garantie unserer Unabhängigkeit und ohne den Wiederaufbau unserer verwüsteten Gebiete weder ein Aufbau Europas noch die Aufrechterhaltung des Friedens möglich sei.

*

Die ganze Rede Poincarés enthält nichts als die alten Lügen, Verdrehungen und hetzerischen Ausfälle gegen Deutschland, ohne die man sich eine Poincaré-Rede nachgerade nicht gut denken kann. Man fühlt deutlich aus diesem Gezeter Poincarés heraus, wie unangenehm ihm die Wirkung der französischen Schandtaten im Ruhrgebiet auf die Stimmung der Welt sein muß. Und um diese Wirkung abzuschwächen, versucht er es mit der berüchtigten Taktik jener Gauner, die, wenn sie sich ertappt und verfolgt sehen, aus Leibeskräften: Haltet den Dieb! schreien, um die Umgebung von sich und ihren Schandtaten abzulenken. Diese Mühe hätte sich Herr Poincaré sparen können. Er wird kein Glück haben mit dem Versuch, die Gemeinheiten und Brutalitäten der französischen Soldateska als deutsche Erfindungen oder Uebertreibungen hinzustellen. Hunderte von unverdächtigen Zeugen aus England und Amerika und anderen Ländern können bezeugen, daß es Poincaré ist, der schwindelt, ganz unverfroren schwindelt. Sie können bezeugen, was es mit der „Harmlosigkeit" der französischen Besatzungsmethoden auf sich hat. Vor allem aber reden die gequälten, zu Krüppeln geschossenen und geschlagenen und zu Tode gemarterten Opfer der französischen Soldateska eine Sprache, deren Wirkung sich durch keine Sophistik aus der Welt schaffen läßt.

Im übrigen liegt uns die Poincaré-Rede nur im Auszuge vor. Sollte sie über die Ruhr- und Reparationsfrage nichts weiteres enthalten, so könnte sie als eine Antwort auf die Curzon-Rede nicht angesehen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Beratungen über die Biersteuer.

Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Biersteuergesetzes. Es wurde mit Rücksicht auf die Geldentwertung und der aus diesem Grunde erfolgten Bierpreiserhöhungen beschlossen, die im Entwurf vorgesehenen Sätze zu verdoppeln. Die im Entwurf ausgesprochene Ermächtigung des Reichsfinanzministers, mit Zustimmung des Reichsrats beim Weitersteigen des Bierpreises gleitende Sätze für die Reichsbiersteuer anordnen zu können, billigte der Ausschuß unter der Voraussetzung, daß vor geplanten Erhöhungen der Steuer der Reichswirtschaftsrat und das Gewerbe gutachtlich gehört werden.

Wo steckt der Militarismus?

Diese zeitgemäße Frage wird durch folgende Ziffern schlagend beantwortet: Im altbesetzten Gebiet befanden sich zur Zeit des angeblich militaristischen Deutschlands 28 Garnisonen, heute dagegen 228 Garnisonen. Die Kosten für Besetzung und Kontrollkommission betragen in den vier Jahren seit dem Friedensvertrag von Versailles 4,6 Milliarden Goldmark. Die Kosten für Heer und Marine in den vier letzten Friedensjahren vor dem Kriege betrugen in Deutschland zusammen nur 3,7 Milliarden Goldmark. Zu solchen Zahlen ist jede Anmerkung überflüssig.

Freigabe der Ausfuhr von Seefischen.

Nachdem die Islandsfänge der deutschen Hochseefischerei wieder mit reichlicheren Erträgen eingesetzt haben, ist, wie in den vorangegangenen Jahren, nach eingehender Beratung mit den Küstenländern die Ausfuhr von Seefischen freigegeben worden. Es können von jetzt ab Salzwasserfische, Klipp- und Stockfische sowie zubereitete Fische ohne Ausfuhrbewilligung ausgeführt werden. Alle mit deutschen Kohlen bebunkerten Fischdampfer sind verpflichtet, ihre Fänge nach deutschen Häfen zu bringen. Ferner hat die deutsche Hochseefischerei sich verpflichtet, in enger Fühlungnahme mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auch aus den mit ausländischen Kohlen gemachten Fängen in erster Linie den Bedarf an Konsumfischen im Inlande zu befriedigen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß (abweichend vom Beschlusse des Reichsrates) eine Verdoppelung der Arbeitslosenunterstützung rückwirkend ab 16. April. Nun muß noch das Plenum des Reichstages gehört werden.

Berlin. Im Reichstagsausschuß wurde die polizeiliche Beschlagnahme der von der Deutschvölkischen Freiheitspartei im Reichstag benutzten Räume gutgeheißen.

München. Bei einer nationalsozialistischen Versammlung wurde bekannt, daß die Sammlung zur Spende für Hitlers 34. Geburtstag 11 Millionen überschritten hat.

Hamburg. In der Sitzung der Bürgerschaft teilte der Vertreter des Senats auf eine deutschnationale Anfrage mit, daß nicht beabsichtigt sei, eine Vorlage auf Aufhebung des gesetzlichen Feiertags am 1. Mai einzubringen.

Köln. Kardinalerzbischof Schulte ist nach Rom abgereist.

Genf. Da die Verhandlungen zwischen Polen und Danzig über die Errichtung einer polnischen Eisenbahndirektion in Danzig ergebnislos geblieben sind, hat der Völkerbundsrat beschlossen, die Beratung dieser Frage bis zur nächsten Tagung zu verschieben.

London. Das Unterhaus hat einen Gesetzantrag auf Verbot des Alkohols in England mit 236 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Reichstag beschlußunfähig.

(339. Sitzung.) CB. Berlin, 21. April.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Antrages der Mehrheitsparteien auf Abänderung des Strafgesetzbuches dahin, daß Sprengungen von Versammlungen mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu einer Million geahndet werden könnten. Verbunden damit ist ein sozialdemokratischer Antrag, daß Beamte, welche die ihnen zum Schutze der Republik übertragenen Pflichten gröblich verletzen, mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft werden können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Eichborn (Komm.) Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge, da diese wichtigen Fragen nicht in Abwesenheit so vieler Abgeordneten verhandelt werden können. Abg. Leutheuser (D. Volksp.) widersprach.

Als die Abstimmung über den Antrag Eichhorn erfolgen sollte, bezweifelte Abg. Eichhorn die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dittmann setzte die Abstimmung eine Weile aus, um den Abgeordneten Zeit zu lassen, ihre Plätze einzunehmen. Alsdann erklärte er, das Bureau sei sich darüber einig, daß das Haus nicht beschlußfähig sei; denn von 230 zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Abgeordneten seien höchstens 125 anwesend. Es bestehe somit auch keine Aussicht daß eine neue Sitzung besser besetzt sein werde. Unter diesen Umständen vertage er die Sitzung bis Montag.

Preußischer Landtag.

(233. Sitzung.) tt. Berlin, 21. April.

Bei der Fortsetzung der Beratung über den Haushalt des Innenministeriums nimmt zunächst das Wort der Abg. v. Kardorff von der Deutschen Volkspartei. Je mehr, führt er aus, Deutschland in seinem entscheidenden Abwehrkampf allein steht, um so mehr brauchen wir die

innerpolitische Einigkeit.

Abg. Schlange hat wiederholt die Notwendigkeit der Einheitsfront betont. Diese Rede in dieser Stunde, das verstehe, wer kann! (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Diese Rede war ein Schlag ins Gesicht der Einheitsfront. (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den Deutschnationalen.) Der Minister des Innern ist der Vertrauensmann der Deutschen Sozialdemokratie. Er ist der Vertrauensmann auch derjenigen Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die jetzt an Ruhr und Rhein in der ersten Abwehrfront stehen. Auch diese Kreise werden die gestrige Rede des Abg. Schlange als einen Schlag ins Gesicht betrachten. (Unruhe rechts.) Wir glauben aber, der Abwehrwille dort ist viel zu fest und stark, als daß er selbst durch eine solche Rede erschüttert werden könnte. Das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei hat in der Bevölkerung große Unruhe erregt. Wir wollen doch ein freies Volk sein, und wir müssen uns fragen, welchen Eindruck es nach außen macht, wenn eine ganze Partei in Deutschland verboten wird. Daß der Minister bei diesem Verbot vom besten Willen geleitet wurde, bestreiten wir ihm nicht; aber das hindert uns nicht, daran zu zweifeln, daß dieses Verbot politisch klug war. Wir vermissen die

Parität in der Behandlung rechtsradikaler und linksradikaler Bewegungen;

wir wünschen, daß mit gleicher Schärfe gegen rechts und links vorgegangen wird. Wir werden uns die Herbeiführung einer Krisis von niemand vorschreiben lassen. Abgeordneter Schlange wäre der Letzte, bei dem wir uns in ernsten Krisen Rat holen. Mit meinen Ausführungen will ich nicht eine Krise an die Wand malen, sondern damit die Gefahr einer Krisis beseitigen. Der Grundsatz „Wer den Frieden will, rüste für den Krieg!" muß in der Innenpolitik unweigerlich zum Bürgerkrieg führen. Alle vaterländisch gesinnten Männer müssen sich hinter den Staat stellen, wie er heute ist. Täuschen wir uns darüber nicht: die Behauptung, daß Bayern eine Ordnungszelle sei, ist der größte Schwindel der Welt. (Beifall bei der Mehrheit, — Unruhe bei den Deutschnationalen.) Wir haben mit unserer Zustimmung zum republikanischen Schutzgesetz und zur großen Koalition eine Politik getrieben, die nicht zuletzt die Errichtung der Einheitsfront im Abwehrkampf an der Ruhr erleichtert hat. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei und in der Mitte.)

Minister des Innern Severing:

Die Politik meines Ministeriums ist von dem Bestreben geleitet, die Situation im Abwehrkampf an der Ruhr so günstig wie möglich zu gestalten. Ich kann erklären, daß in diesen Fragen volle Einigkeit zwischen der preußischen und der Reichsregierung besteht, auch über die Art der Führung des Kampfes. Gegen jede Ruhestörung von rechts oder links gehen wir mit größter Entschiedenheit gleichmäßig vor. Man kann aber nicht, um diese Parität sichtbar zu machen, gleichzeitig nach rechts und links schlagen, wenn die Gefahr von rechts vorübergehend größer ist als die von links, so hat das nichts mit meiner parteipolitischen Auffassung zu tun. Als Koalitionsminister kann ich mir nicht den Luxus einer parteipolitischen Einstellung bei meiner amtlichen Tätigkeit erlauben. Ich habe keineswegs die Kommunisten als politische Kinder und als harmlos abgetan, sondern meine Äußerung von politischen Kindereien bezog sich auf bestimmte Maßnahmen der Kommunisten.

Bei den Exzessen in Mülheim

sind die Hauptschuldigen auch nicht die Kommunisten und Syndikalisten, sondern die französischen Militärs und Poincare. Wenn es in Mülheim einer Minderheit von Polizisten gelang, die Massen der Ruhestörer zur Ordnung zu bringen, so war das der Besonnenheit der Arbeiterschaft zu danken. Die Bildung proletarischer Hundertschaften darf unter keinen Umständen gestattet werden. Nichts könnte der Staatsautorität abträglicher sein, als wenn ihr mit einem Schein von Rechts vorgeworfen werden könnte, daß sie die Dinge gehen ließe und ängstlich sei, es mit dieser oder jener Partei zu verderben. Gerade

in dieser Zeit der Kriegspsychose

können mich Vorwürfe von rechts oder links an meinem Vorgehen nicht hindern. Aber Vaterlandsliebe streite ich nicht mit Herrn Schlange. (Sehr richtig! links.) Ich bilde mir ein, für unser Volk und Land mindestens soviel getan zu haben wie er. In den Kampforganisationen der Deutschvölkischen Freiheitspartei bestand die Absicht, bis zum 31. Mai loszuschlagen. Ich bin nicht der Ansicht, daß solche Streiche, wie sie von Herrn Roßbach und anderen geplant waren, Erfolg gehabt hätten. Aber es wäre wieder Blut geflossen, und es hätte uns außenpolitisch außerordentlich geschadet. Gerade mit Rücksicht auf den Kampf im Ruhrgebiet mußten wir mit energischer Hand zugreifen. Frankreich schützt augenblicklich noch wirtschaftliche Ziele vor, verfolgt aber politische Ziele, wünscht Annexionen. Werden diese Pläne Poincarés unterstützt oder durchkreuzt, wenn man diejenigen Kreise in ihrem Treiben unterbindet, die den Anschein erwecken, als ob Frankreich jetzt kriegerisch bedroht werden solle? Wenn mir von rechts wie von links verschiedentlich ein nahes Ende prophezeit wurde, so bin ich trotz dieser Drohung immer noch guten Mutes. Wenn ein Minister seine Schuldigkeit tun will, so darf er sich nicht von der Gunst oder Ungunst der politischen Parteien bestimmen lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Nach dem Minister sprach der Kommunist Schulz (Neukölln), während dessen Rede die meisten Abgeordneten den Saal verließen. Zuletzt ergriff noch der Demokrat Jansen das Wort zu einigen kurzen Darlegungen. Dann vertagte das Haus die Weiterberatung auf Montag.

Arbeiter und Angestellte.

Elberfeld. (Bauarbeiterstreik in Elberfeld-Barmen.) Nachdem die Lohnforderungen der Bauarbeiter von Elberfeld und Barmen auch vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden sind, sind die Bauarbeiter in beiden Städten in den Streik getreten.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 24. April.

Sonnenaufgang	4^{47}	Mondaufgang	11^{02} N.
Sonnenuntergang	7^{10}	Monduntergang	1^{23} B.

1796 Dichter Karl Immermann geb. — 1877 Kriegserklärung Rußlands an die Türkei. — 1891 Generalfeldmarschall Graf Moltke gest. — 1920 Bildung des Staates Thüringen; Anschluß Koburgs an Bayern.

□ **Zur Wetterlage.** Die schweren Gewitter, die um die Wende der zweiten Aprilwoche über Mitteldeutschland niedergingen und zumeist von starken Niederschlägen begleitet waren, brachten allgemein eine starke Abkühlung Während zuvor die Durchschnittstemperaturen überall erheblich über den Normalwerten gelegen hatten, sank nach den Gewittern das Thermometer allenthalben sehr stark Verschiedentlich wurden sogar Nachtfröste gemeldet. In den nächsten Tagen kam dann wieder das im Norden liegende Hochdruckgebiet zu stärkerem Einfluß. Bei aufklarendem Wetter stiegen die Temperaturen wieder langsam, blieben aber doch durchweg unter den normalen Werten. Da die Stabilität der Luftdruckverteilung über dem Festlande zerstört ist und vom Westen her ein Tiefdruckwirbel nach dem andern ostwärts vordringt, ist auch weiterhin mit ziemlich veränderlicher Witterung zu rechnen.

□ **Änderung der Gebühren im Postverkehr mit dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr mit dem Auslande ist mit Wirkung vom 23. April an auf 6200 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Auslande anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

○ **Die vergoldeten Zehntausendmarkstücke.** Die Ausgabe der vergoldeten Zehntausendmarkstücke der Provinz Westfalen, mit dem Bildnis des Freiherrn vom Stein hat der Landesbank in Münster bisher einen Reingewinn von einer halben Milliarde Mark gebracht. Diese Summe ist der Ruhrspende zugeführt worden.

Paderborner Stadtchronik

vom 23. April.

Briefe aus Amerika.

Haltet standhaft zusammen!

Ein Paderborner Freund unseres Blattes erhielt dieser Tage von einem befreundeten Arzte in Amerika folgenden Brief, dessen Inhalt unsere Leser fesseln dürfte. „Ihre freundliche Karte aus meiner Mutter Geburtsstadt Paderborn habe ich erhalten und mich gefreut, daß Sie sich meiner noch erinnern. Das waren schwere Zeiten auch für uns Deutsch-Amerikaner, wo wir uns nicht geschrieben haben. Ich schrieb kurze Zeit nach dem Kriege ein Pamphlet:: „Aus der babylonischen Gefangenschaft der Deutsch Amerikaner", und ein Freund ließ es dort drüben drucken, es ist jetzt vergriffen und die Zeiten haben sich wieder verändert, ob zum Besseren für Deutschland, das kann man nicht sagen, wenn man in der Zeitung liest, wie es an der Ruhr zugeht, wieim Essen die Arbeiter niedergeschossen werden, sollte man es für menschenunmöglich halten; aber kann man von diesen französischen Erzfeinden etwas besseres für Deutschland erwarten? Wir Deutsch-Amerikaner sympathisieren natürlich mit den Deutschen und suchen soviel wie möglich, oder soviel wir können zu helfen, aber das deutsche Volk muß standhaft werden, zusammenhalten und sich nicht überrumpeln lassen, dazu helfe Gott und die Ehre des deutschen Volkes, diesem treu zu bleiben in aller Zukunft, und in allen Zeiten sei die Losung. Ich erinnere mich noch des Bildes von meines Großvaters Haus auf der Kasselerstraße und aller Briefe, die mir die guten Deutschen sandten. Ihr in Paderborn seid nicht sehr weit ab von der Ruhr und seid bis jetzt von den französischen Räuberbanden verschont geblieben; man weiß nicht, wie lange es so bleiben wird, und was die Franzosen im Schilde führen. Clemenceau war hier, ihm sind zuviele Deutsche in der Welt, er hat gewettert auf dieselben wir haben nicht auf ihn gehört und er ist unverrichteter Sache heimgekehrt und sucht mit Poincare weitere Pläne zu machen, Deutschland zu zerstückeln und mürbe zu machen; dagegen setzt Eure harten Köpfe, für die Westfalen ja bekannt sind und haltet fest zusammen. Was wir in Indiana tun können, wird geschehen, wo wir helfen können wird es sein; bei den Amerikanern muß auch nachdrücklich gearbeitet werden. Nun Lebwohl und Gruß. Dr. F."

Ein anderer Brief aus Amerika den uns ein Leser unseres Blattes zur Verfügung stellt, bestätigt ebenfalls die warme Teilnahme der Deutsch-Amerikaner an der alten Heimat. Wir entnehmen diesem Briefe:: „. . . Wir bedauern unser armes Vaterland, aber wir wollen hoffen, daß sich die Rothosen bald abgelaufen haben. Wir sind hier in unserer kleinen deutschen Gemeinde in Nevada fleißig am sammeln für Kleider usw. und auch Geld. Im Februar haben wir hier über 200 Dollar gesammelt und jetzt haben wir sehr viele Kleider weggeschickt, somit können Sie sehen, daß wir das deutsche Herz noch auf der richtigen Stelle haben. Die Briefe von dort sind hart zu lesen; das Herz muß einem bald im Leibe zerspringen, wenn man die liest; aber wir wollen hoffen, daß der liebe Gott bald wieder anders machen wird. Wir Amerikaner deutscher Abstammung tun unser Bestes für die armen kleinen Kinder. Wir sind hier alles so gespannt, wie es bei Euch wohl noch ausfallen wird und ob wir noch einmal die alte Heimat wiedersehen können, das ist mein einzigster Wunsch. Mit einem westfälischen Gruß verbleibe ich H. W. S., Kleinkaufmann."

*

— Vom Sonntag. Auf eine Reihe schöner folgte gestern ein verregneter Sonntag. Es war indes ein wohltätiger Regen der in der Nacht zum Sonntag einsetzte und fast den ganzen Tag über anhielt; denn infolge der Trockenheit und des starken Windes in den letzten Wochen blieben die Feld- wie Gartenfrüchte im Wachstum sehr zurück und die Aussaat konnte kaum vorgenommen werden. Die Land- und Gartenwirtschaft hat also noch manches nachzuholen. Die Temperatur blieb dagegen kühl. Das Wetter brachte es mit sich, daß es draußen weit weniger lebhaft war als an den letzten Sonntagen. Den Vorteil hatten hiervon die Unterhaltungsstätten innerhalb der Stadt, die alle starken Besuch aufzuweisen hatten. Besondere Anziehungskraft übte der Rheinlandfilm im Lichtspielpalast aus, der stets vor ausverkauftem Haus gezeigt wird. Auch Kaßners Zauberschau, die allabendlich im Kaiserhof Vorstellung gibt, hatte sich eines starken Besuches zu erfreuen.

*

„" Volk in Not. Die morgige Nachmittagsaufführung beginnt erst 5.15 Uhr, da die Mitwirkenden, die ersten Kräfte des Bielefelder Stadttheaters erst um 4.30 Uhr hier eintreffen können. Es können nur diese beiden Aufführungen stattfinden, darum sichere sich jeder frühzeitig seinen Platz. Die Musik zu der Aufführung stellt das Infanterie-Regt. Nr. 18. Am Schluß spricht Direktor v. Bastineller über:: 3 Wochen im Brennpunkt des Ruhrkampfes und die Vorgänge bei Krupp als Augenzeuge.

(!) Helft dem Alter! Die Sammlung für die Altershilfe des deutschen Volkes wird dauernd fortgesetzt und alle eingehenden Spenden und Naturalien kommen dem notleidenden Alter zu Gute, drum gebt weiter, denn die Not bei unsern alten Leuten wächst von Tag zu Tag. Es gingen seit der letzten Quittung weiter ein, von der Kunstgewerbeschule Fräulein Marussi 16000 Mark, N. N. 500 Mark, vom Schützenwirt Gries 13500 Mark, überwiesen durch die Stadtsparkasse von der Deutschen Bank N. N. 25000 Mark, von der Kreissparkasse 32000 Mark, von der Gewerbebank 15550 Mark, vom Westf. Volksblatt N. N. 50 Mark, von der Beamtenbank 724 Mark. Allen Gebern sagen wir namens des Alters herzlichsten Dank. Weitere Spenden nehmen jederzeit die Stadt und Kreissparkasse, Gewerbebank und Westfälisches Volksblatt gern entgegen. Auch für Naturalien wäre das notleidende Alter bei der jetzigen furchtbaren Teuerung äußerst dankbar, darum Ihr Bürger u. Bürgerinnen von Stadt und Land, macht dem Alter mal wieder eine Freude und bringt diese zur Geschäftsstelle Liboriberg 27, Gartenhaus.

??? Schulpersonalien. Versetzt:: Hauptlehrer Berlage von Fürstenau nach Paderborn als Lehrer. Lehrerin Trimborn von Körbecke nach Paderborn. Einstweilig angestellt:: Schulamtsbewerberin Günther in Hegensdorf. Freie Stellen:: Lehrerinstelle in Neuhaus-Mastbruch.

— Preisschilderverordnung. Das Wuchergericht in Paderborn hat in seiner letzten Sitzung eine bemerkenswerte Entscheidung zur Preisschilderverordnung getroffen. Wie bekannt, ist jeder Kaufmann verpflichtet, die im Paragraph 2 der genannten Verordnung aufgeführten Waren, wenn er sie in Läden, Schaufenstrn Schaukästen oder auf dem Wochenmarkte usw. dem Publikum sichtbar ausstellt, mit Preisschildern zu versehen, aus denen der genaue Verkaufspreis der einzelnen Waren ersichtlich ist. Diese Verpflichtung wird nach Paragraph 3 dadurch aufgehoben, daß die Ware zweifelsfrei in einem Preisverzeichnis aufgenommn wird. Das Gericht hat nun bei Gelegenheit der Entscheidung eines Einzelfalles in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Staatsanwaltschaft entschieden, daß diese Preisverzeichnisse dort aufgehängt werden müssen, wo die Preisschilder anzubringen waren, also auch im Schaufenster, sodaß das Publikum in der Lage ist, von draußen die Preise zu prüfen.

!!! Anderwärts. Bochum setzte für die höheren Schulen für 1923 das Schulgeld auf 120000 Mk. für Einheimische und 180000 Mk. für Auswärtige fest. Der erste Hund wurde mit 12000, der zweite mit 50000 und der dritte mit 75000 Mark Hundesteuer belegt.

Von Nah und Fern.

— Büren, 22. April. Hauptlehrer Gabriel wurde zum Rektor ernannt.

— Altenbeken, 22. April. Nachts wurde in das Manufakturenwarengeschäft Lange u. Söhne hierselbst eingebrochen und große Posten Herren- und Damen-Kleiderstoffe usw., sowie eine Kasette mit etwa einer Million Mark Bargeld gestohlen. Die Waren sind von den bisher unbekannt gebliebenen Tätern in Säcken weggeschleppt worden. — Ein Arbeiter des hiesigen Eisenwerkes war beauftragt, mit einem Fuhrmann in Dimighausen Heu zu holen und hatte sich bei der Heimfahrt auf den beladenen Wagen gelegt, wo er eingeschlafen war. Kurz vor Altenbeken rutschte er schlafend von seinem weichen Lager ab, stürzte auf den Kopf, brach das Genick und starb nach kurzer Zeit.

(?) Bad Driburg, 22. April. Am Mittwoch vormittag fand die fierliche Grundsteinlegung zum neuen Kloster der Genossenschaft der Dienerinnen des Heiligen Geistes von der Ewigen Anbtung zu Steyl, das auf dem Grundstück des Missionshauses St. Xaver an der Dringenbergerstraße errichtet wird, statt.

)(Hameln, 22. April. Der 14. Niedersächsische Kaufmannsgehilfentag findet am 5. und 6. Mai 1923 in Hameln statt. Reichs- und Landtagsabgeordnete fa staller Parteien haben ihr Erscheinen zugesagt. Die Tagung ist verbunden mit dem 23. (ordentl. Gautag) des Gaues Niedersachsen im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und der Feier des 25jährigen Bestehens der Ortsgruppe Hammeln im D. H. V.

:: Dortmund, 22. April. Die franz. Besatzungstruppen Regt. 149 und Geheimpolizisten haben gelegentlich der Verhaftung des Sparkassenrendanten Haselhoff in Dortmund-Brakel einen Geldschrank bei ihm endeckt und Haselhoff gezwungen, den Geldschrank zu öffnen. In dem Geldschrank befanden sich über eine Million Mark. Dieses Geld wurde beschlagnahmt. Hasselhoff machte die Franzosen darauf aufmerksam, daß das Geld der Kirchengemeinde gehöre. Trotz dieses Einspruchs wurde das Geld mitgenommen. Ein Teil war als Gehalt für die Kirchenbeamten bestimmt, der andere Teil war Armengelder. Kommentar überflüssig.

— Essen,, 22. April. Der Monteur Gottlieb Meyer, Münsterstraße 104, wurde in Essen von 2 franz. Soldaten beim Revidieren des Personalausweises bestohlen. Ihm wurden 115 Tausend Mark weggenommen. Meyer begab sich hierauf zur franz. Kommandantur und beschwerte sich hier schriftlich über den Vorfall. Darauf ist ihm vom 5. Büro der 128. Division am 1 3 23 Nr. 435-5 folgende Antwort zugegangen:: „Ich habe die Ehre Ihnen den Empfang Ihrer Beschwerde vom 25. Februar 1923 zu bestätigen und teile Ihnen mit, daß wir die Gewißheit erlangt haben, daß alle Attentate, die in den Straßen Essens verübt werden, das Werk Deutscher sind, die sich mit französischen Uniformen bekleiden. Sie sind das Opfer dieser Leute gewesen."

(!) Essen, 22. April. Der Essener Polizeipräsident teilt uns folgendes mit:: „Wie erinnerlich, wurde vor einiger Zeit der franz. Soldat Schmidt am Essener Hauptbahnhof ermordet. Obwohl die Essener Kriminalpolizei binnen Kurzem durch 2. Augenzeugen den Nachweis erbrachte, daß nur ein franz. Soldat der Täter sein konnte, ist jetzt der Leiter der Krim.-Polizei, Inspektor Wilotzki verhaftet und ihm eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten zudiktiert worden. „weil der Täter nicht ermittelt sei." Dabei haben die Franzosen den Inspektor Wilotzki alsbald nach der Tat als Geisel festgesetzt, ihm also selbst seine persönliche Mitwirkung an der Aufklärung des Mordes unmöglich gemacht."

Vermischtes.

○ **Essener Sänger in Berlin.** Die Essener Krupp-Sänger (Sängerchor des Christlichen Metallarbeiterverbandes Essen) sind nach Berlin gekommen, um in der Reichshauptstadt ein Konzert zu veranstalten. Sie wurden im Staatlichen Schauspielhause in Gegenwart des Reichspräsidenten und zahlreicher Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Staatssekretär Dr. Becker in längeren Ansprachen überaus herzlich begrüßt.

○ **Carl Scherres gestorben.** In Berlin starb kurz nach Vollendung seines 90. Lebensjahres der bekannte Maler Carl Scherres. Das bekannteste seiner Bilder ist die in der Berliner Nationalgalerie befindliche „Überschwemmung in Ostpreußen".

○ **Zur Erinnerung an die Paulskirche.** Die Stadt Frankfurt a. M. plant im Einvernehmen mit der Reichsregierung eine Feier, die dem Andenken an das erste deutsche Parlament und an seine Heimstätte, die Frankfurter Paulskirche, gewidmet sein soll. Die Stadt hat in ihrem Programm, das sich auf den 18. Mai, den Tag der 75jährigen Wiederkehr der Parlamentseröffnung, konzentriert, u. a. eine offizielle Feier in der Paulskirche vorgesehen, an der die Reichsregierung, die Landesregierungen, der Reichstag, die einzelstaatlichen Parlamente sowie hervorragende Einzelpersönlichkeiten teilnehmen sollen.

○ **Verdächtige Geldscheinaufkäufe.** Bei dem plötzlichen Marksturz scheinen uns, die Geldscheinaufkäufe eine Rolle gespielt zu haben. Schon früher einmal wurden rot gestempelte Tausendmarkscheine von Händlern mit einem erheblichen Aufgeld angekauft und über die Grenze geschafft, meistens über Holland nach Frankreich. So kamen damals diese Tausendmarkscheine in den unbegründeten Ruf eines höheren Wertes und wurden auch im Inlande viel gehamstert. Es ist festgestellt worden, daß diese Aufkäufe in den letzten Tagen wieder stark betrieben wurden. Die Händler zahlen für jeden Schein ein Aufgeld von 300 bis 400 Mark. Sie stehen offenbar mit ausländischen Agenten in Verbindung, die ihnen noch mehr zahlen: man spricht von 800 bis 900 Mark für das Stück. In der letzten Zeit gingen sie über das besetzte Gebiet nach Frankreich.

Kein Aufschlag für den Monat Mai.

Die Unterstützung der Heimatpresse ist heute eine der wichtigsten Volksaufgaben und jedes Opfer wert!

Daher muß jeder Heimatfreund in Stadt und Land

Abonnent des Anzeigers

sein und darum muß jeder Heimatfreund überall ein

Werber für den Anzeiger

sein. Man bestellt den Anzeiger bei allen Postämtern und Briefträgern und in unseren Geschäftsstellen

Paderborn, Bahnhofstr. 13, Fernruf 713
Lippspringe, Arminiusstr. 2, Fernruf 157.
(Buchhandlung Bahle).

NB. Kleinrentner und Sozialrentner auf Nachsuchen Ermäßigung.

○ **Arno Holz als Nobelpreiskandidat.** Der Dichter Arno Holz, der am 26. April sein 60. Lebensjahr vollendet, ist von 63 Professoren der Literatur und Ästhetik an deutschsprachigen Hochschulen für den diesjährigen Nobelpreis für Literatur vorgeschlagen worden.

○ **Der Bankbeamte als Effektendieb.** Ein Beamter der Frankfurter Zweigniederlassung eines angesehenen Offenbacher Bankgeschäfts wurde wegen Effektendiebstahls verhaftet. Die Bank beziffert den Verlust auf fünf bis zehn Millionen.

○ **Auf der Radrennbahn getötet.** Auf der Mainzer Radrennbahn wollte während des Rennens der Motorradfahrer Bernhardt sein Motorrad über die Bahn schieben. Dabei wurde er von dem Frankfurter Motorradfahrer Knappke erfaßt und so schwer verletzt, daß er binnen weniger Minuten starb. Knappke wurde schwer verletzt.

○ **Durch einen Wald- und Heidebrand** wurde im Landkreis Harburg erheblicher Schaden angerichtet. Insgesamt sind 80 Morgen Holzbestand und 150 Morgen Heide vernichtet. Das Feuer ist anscheinend durch abkochende Heidewanderer verursacht worden.

○ **Vom Chirurgenkongreß.** In der letzten Sitzung des Chirurgenkongresses wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie Professor Dr. Braun, Zwickau, gewählt. Der Kongreß nahm im Einverständnis mit den ausländischen Gästen, unter denen sich namentlich viel spanische Ärzte befanden, eine Entschließung an, in der gegen die Beschlagnahme der Krankenhäuser in Essen durch die Franzosen Einspruch erhoben wurde. Außerdem hat sich der Kongreß an das Internationale Rote Kreuz mit dem Ersuchen gewendet, dafür zu sorgen, daß den deutschen Gefangenen im Ruhrgebiet wenigstens die gleiche Behandlung zuteil werde wie den Kriegsgefangenen. Der Vorstand der Gesellschaft wurde vom Reichskanzler Cuno empfangen.

○ **Zwei Fabriken durch Feuer zerstört.** Die Tönjesche Torffabrik bei Delmenhorst ist mit großen Warenvorräten bis auf die Grundmauer niedergebrannt. — Die dem früheren Verleger des Leipziger Tageblatts, Finanzminister Dr. Reinhold, gehörende Janssensche Holzwarenfabrik in Dippoldiswalde i. Sa. ist mit Rohstoffen, Maschinen und Holzvorräten ein Raub der Flammen geworden.

○ **Der Steuerfiskus um Millionen betrogen.** Bei einer Anzahl Untersuchungen in Heilbronn am Neckar sind Steuerhinterziehungen in Höhe von 56 Millionen Mark Einkommensteuer und 20 Millionen Mark Umsatzsteuer festgestellt worden. Die Betrügereien stammen aus den Jahren 1920 und 1921.

⊙ **Die Welserhütte durch eine Lawine zerstört.** Nach einer an den deutschen und österreichischen Alpenverein gelangten Mitteilung ist die Welserhütte in der Prielgruppe einer Lawine zum Opfer gefallen. Die Hütte, die in einer Höhe von 1800 Metern stand, ist von mehreren Alpenvereinsmitgliedern in 500 freiwilligen Arbeitstagen erbaut worden. Trotz siebenfacher Verankerung wurde die Hütte aus ihren Grundfesten gehoben, etwa 1000 Meter talwärts getragen und vollständig zertrümmert.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Vor dem Staatsgerichtshof.** Der Herausgeber und verantwortliche Schriftleiter der Zeitschrift Der Aufrechte, des früheren Organs des aufgelösten Bundes der Aufrechten, Ernst Pfeiffer, hatte sich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wegen Beleidigung von Mitgliedern der Reichsregierung zu verantworten. Der Angeklagte wurde zu 50000 Mark Geldstrafe verurteilt. Den beleidigten Regierungsmitgliedern wurde die Publikationsbefugnis im Aufrechten zugesprochen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über die Beschwerden der Deutschsozialen Partei über Versammlungsverbote und Auflösungsverfügungen verschiedener Landeszentralbehörden verhandelt. Die vom Oberpräsidenten von Niederschlesien und vom Polizeipräsidium Berlin erlassenen Verbote von Versammlungen und des Deutschsozialen Wochenblattes wurden aufgehoben und die Kosten der preußischen Staatskasse auferlegt. Hinsichtlich der von den Regierungen von Sachsen und Braunschweig erlassenen Verbote der Partei wurde zwar das Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Berechtigung des Verbots anerkannt, ein völliger Beweis aber als nicht erbracht angesehen. In einem neuen Termin soll den Regierungsvertretern Gelegenheit gegeben werden, weiteres Beweismaterial beizubringen.

§ **Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht Passau verurteilte den ehemaligen Mühlenbesitzer Dörfler, der den Müller Vorleitner durch mehrere Revolverschüsse getötet hatte, zum Tode. Dörfler hatte die Tat begangen, um wieder Besitzer der Mühle, die er kurz vorher an Vorleitner verkauft hatte, zu werden.

§ **Sinclair contra Hussarek.** Vor dem Schwurgericht in Wien fand die Verhandlung in einer Ehrenbeleidigungsklage des durch seine Schilderungen der Schlachthäuser in Chikago berühmt gewordenen amerikanischen Schriftstellers Sinclair gegen den ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten und Kirchenrechtslehrer Hussarek statt. Hussarek hatte in einer Kritik über ein neues Buch von Sinclair, das scharfe Angriffe gegen die Kirche enthält, geschrieben, daß er Sinclair für einen Schurken halte. Der Gerichtshof verurteilte Dr. Hussarek zu einer Geldstrafe von 500000 Kronen, im Nichteinbringungsfalle zu 24 Stunden Arrest.

§ Keine Lohnansprüche von Nichtstreikenden bei Streiks. Das Reichsgericht hat ein höchst bemerkenswertes Urteil gefällt. Anläßlich eines Streiks bei der Straßenbahn in Kiel erkannte der höchste Gerichtshof für Recht, daß bei einem Teilstreik, wenn durch ihn der Betrieb stillgelegt wird, die Nichtstreikenden keinen Anspruch auf Lohnzahlung haben.

In der Begründung heißt es: Der einzelne Arbeiter tritt in die Arbeitsgemeinschaft und damit in die Gesamtorganisation des Betriebes, dessen Ergebnis nicht mehr vom Unternehmer allein mit seinem Kapital und seinen Arbeitsmitteln, sondern in gemeinschaftlichem Zusammenwirken von Unternehmer und Arbeiterschaft gewonnen wird. Auf diesem Gedanken der gemeinschaftlichen Arbeit beruht insbesondere das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Der Arbeitnehmer ist nicht mehr ein bloßes Werkzeug des Unternehmers, sondern ein lebendiges Glied der Arbeitsgemeinschaft. Der Betrieb und seine Erträgnisse bilden wiederum die Grundlage der Lohnzahlung.

§ Fünfzehn Jahre Zuchthaus für Ernst Nägler. Der Prozeß gegen Ernst Nägler, der seine Schwester Gertrud Nägler und seinen Vetter Bock angestiftet hatte, in einem Berliner Hotel den Kaufmann Wolsner zu ermorden und zu berauben, endete mit der Verurteilung des Angeklagten: es wurde auf eine Strafe von 15 Jahren Zuchthaus erkannt; neun Monate der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. In der ersten Verhandlung war Nägler zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Seine Strafe ist also jetzt gemildert worden.

§ Zwei Todesurteile. Das Volksgericht in München verurteilte die beiden Mörder des Kaufmanns Daum aus Marienburg, den Kaufmann Immenkamp und den Angestellten Kaste aus Düsseldorf, die im Dezember den Daum in der Nähe von Mittenwald mit Holzprügeln niedergeschlagen und beraubt hatten, zum Tode.

§ Es gibt keinen Mädchenhandel! Aus Berlin wird berichtet: In dem Prozeß gegen den holländischen Kaufmann Wilhelm Zwaan, der im Verdacht steht, ein Mädchenhändler zu sein und seine eigene Frau, eine Berlinerin, der gewerbsmäßigen Unzucht zugeführt zu haben, erklärte der als Zeuge und Sachverständiger vernommene Kriminalkommissar Dr. Kopp, daß es einen Mädchenhandel in der landläufigen Bedeutung des Wortes nicht gebe — er wenigstens habe in seiner langjährigen polizeilichen Praxis noch keinen Fall dieser Art kennengelernt. Anständige Mädchen würden nicht gegen ihren Willen entführt und verführt, und wenn sie sich dann verführen ließen und behaupteten, daß sie Mädchenhändlern ins Garn geraten seien, so habe sich das immer noch als Ausrede und Schwindel erwiesen. Was man unter „Mädchenhandel“ verstehe, sei gemeiniglich nichts weiter als Kuppelei oder Kuhälterei.

Letzte Nachrichten.

Verhandlungsmöglichkeiten?

Kopenhagen, 22. April. Die dänische Schriftstellerin Karin Michaelis veröffentlicht eine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Cuno über die politische Lage. Auf die Frage, wie lange die Reichsregierung in der Lage sein werde, den jetzigen Kurs der Mark zu halten, antwortete Cuno, daß diese Frage nicht beantwortet werden könne, da es nämlich von der Bewegung der Mark abhänge, wie weit überhaupt ein Eingreifen notwendig sei, um den Kurs zu halten. Über die Meldungen, daß hinter den Kulissen dauernd Verständigungsversuche zwischen deutschen und französischen Industriellen stattfinden, äußerte sich Cuno auf eine Frage, daß etwas Wahres daran sei, da infolge aller wirtschaftlichen Gesetze, die sich nicht nach nationalen Grenzen richten, ein gewisser Zusammenhang zwischen den Industrien bestehe. Unter den deutschen Vorschlägen für die Pariser Konferenz sei auch ein Abschnitt gewesen, der die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Industrie vorsah. Dieser Vorschlag sei in vollem Einverständnis mit England erfolgt.

Aus dem 3. Stock gesprungen.

Frankfurt a. M., 22. April. Als der Angestellte Heimbecher eines hiesigen Trikotwarengeschäftes wegen verschiedener Diebstähle, die einen Wert von Millionen erreichten, verhaftet werden sollte, leistete er den Beamten heftigen Widerstand und sprang schließlich vom 3. Stockwerk in den Hof, wo er tot liegen blieb.

Ausweisungsvorschriften.

Mainz, 22. April. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, wie aus Koblenz berichtet wird, entschieden, daß nur diejenigen Familienangehörigen, die in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu dem ausgewiesenen Familienvater stehen, von der Ausweisung betroffen werden, nicht aber diejenigen, die wirtschaftlich selbständig sind und nur unter demselben Dach wie das ausgewiesene Familienoberhaupt wohnen.

Greueltaten griechischer Banden.

Sofia, 21. April. Eine griechische Bande brach in bulgarisches Gebiet ein und überfiel die Ortschaft Havazly. Ein Sergeant und zwei Gendarmen wurden gefangengenommen. Am folgenden Morgen wurde der Sergeant zum bulgarischen Unterpräfekten mit einem Schreiben gesandt, in dem ein Lösegeld von zwei Millionen Leva verlangt wurde. Die Bande ermordete die gefangenen Gendarmen und beging Plünderungen.

Turnen — Sport — Spiel.

Arminia-Bielefeld Sieger. Im Endspiel um die Vertretung des Westdeutschen Spielverbandes bei den Spielen um die deutsche Meisterschaft das am 22. April in Essen ausgetragen wurde, gewann wieder der vorjährige Meister Arminia-Bielefeld gegen Turn-Düsseldorf mit 4 :: 3.

Sp. Breitensträters Memoiren. Der deutsche Boxmeister Hans Breitensträter ist unter die Memoirenschreiber gegangen. In einem illustrierten Buch schildert er seinen romantischen Werdegang, besonders anschaulich seine Tätigkeit im Kriegsgefangenenlager auf der Insel Man.

SP. Deutschland von den Olympischen Spielen ausgeschlossen. Das Internationale Olympia-Komitee, das in Rom zusammentrat, prüfte die Frage, ob die früher feindlichen Staaten an den Olympischen Spielen, die in Paris stattfinden werden, teilnehmen sollen. Die Teilnahme Deutschlands wurde einstimmig abgelehnt, und zwar darum, weil die Nationen in das Stadion in alphabetischer Reihenfolge einziehen sollten, und weil Deutschland dann (Allemagne) an erster Stelle einziehen müßte. Die Teilnahme Österreichs wurde gestattet.

Sportleute, deckt Euern Bedarf in Sportartikeln bei der Fa. Eduard Adams jr. Paderborn, Riemekestraße 9.

Börse und Handel.

213,9 Milliarden neue Noten.

In der mit dem 14. April abschließenden Woche hat die Reichsbank wieder eine starke Vermehrung des Banknotenumlaufes vornehmen müssen. Vom Reiche wie von privater Seite lagen große Kreditforderungen vor. Es wurden 213,9 Milliarden neue Noten ausgegeben, womit der Gesamtumlauf sich auf 5338 Milliarden hob. Weitere 19,5 Millionen Goldmark wurden aus dem Goldkassenbestande der Bank in das Ausland verlegt, so daß das bei ausländischen Zentralnotenbanken unbelastet ruhende Golddepot der Reichsbank auf 184,5 Millionen Goldmark angewachsen ist.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		21. 4. gesucht	21. 4. angeb.	20. 4. gesucht	20. 4. angeb.
Holland	1 Gulden	10174,50	10225,50	9975,00	10025,00
Dänemark	1 Krone	4912,68	4937,32	4802,96	4827,04
Schweden	1 Krone	6957,56	6992,44	6807,93	6842,07
Norwegen	1 Krone	4648,35	4671,65	4588,50	4611,50
Schweiz	1 Frank	4748,10	4771,90	4588,50	4611,50
Amerika	1 Dollar	25984,80	26115,10	25486,50	25613,88
England	1 Pfund	120946,0	121553,0	118702,5	119297,5
Frankreich	1 Frank	1725,67	1734,33	1680,78	1689,22
Belgien	1 Frank	1491,26	1478,74	1463,83	1471,17
Italien	1 Lira	1286,77	1293,23	1254,85	1261,15
Dt.-Österr.	100 Kron.	37,05	37,25	35,78	35,96
Ungarn	1 Krone	5,13	5,17	4,98	5,02
Tschechien	1 Krone	793,01	796,99	758,10	761,90

Stand der Polenmark am 21. April 54,20 Pf.

* Berliner Produktenmarkt vom 21. April. Weizen 58 000 bis 59 000, Roggen 46 500 bis 47 000, Hafer 45 000 bis 46 000, Gerste 44 000 bis 45 000 für 50 Kilogramm, Weizenmehl 150 00 bis 170 000, Roggenmehl 140 000 bis 150 000 für 100 Kilogr. Raps 95 000 bis 100 000, Rapskuchen 39 000 bis 40 000. Kokskuchen 39 000 bis 40 000, Trockenschnitzel 15 500 bis 17 000, Kartoffelflocken 24 000 bis 26 000, Wicken 60 000 bis 65 000, Ackerbohnen 45 000 bis 55 000. Viktoriaerbsen 75 000 bis 80 000, kleine Erbsen 60 000 bis 65 000, Melasse (einschließlich Verpackung): Torf 17 000, Weizenkleie 25 000, Biertreber 25 000, Treber 23 000, Haferschalen 22 000. Haferkleie 20 000, Strohmehl 18 000, Palmkernschrot 21 000, Sennhütte 21 000 für 50 Kilogramm ab Verladestation.

Rauhfutter. Drahtgepr. Weizen- und Roggenstroh 16 000 bis 18 000, drahtgepr. Haferstroh 13 000 bis 15 000, bindfadengepr. Weizen- und Roggenstroh 16 500 bis 17 500, lose und geb. Krummstroh 11 500 bis 13 500, Häcksel 21 500 bis 22 500, handelsübl. Heu 14 000 bis 16 000, gutes Heu 16 000 bis 18 000.

* Berliner Viehmarkt v. 21. 4. Preissteigerung auf den heutigen Berl. Viehmärkten. Auftrieb: Rinder 2186, Kälber 2117, Schafe 2883, Schweine 4729, Ziegen 39, 66 Schweine und 41 Rinder aus dem Memelgebiet und 99 Rinder aus Dänemark. Preise: Ochsen 150 000 bis 270 000, Bullen 160 000 bis 240 000, Kühe 110 000 bis 260 000, Kälber 140 000 bis 350 000, Schafe 100 000 bis 240 000, Schweine 280 000 bis 340 000, Ziegen 140 000 bis 160 000. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt. Infolge des geringen Auftriebes an Schweinen setzte die Wucherabteilung im Einvernehmen mit den Käufern Richtpreise fest. Die Preise zogen für Rinder um 20 000 bis 30 000 Mark, für Schafe um 20 000 Mark und für Schweine um 100 000 Mark je Zentner Lebendgewicht an.

Vom Lebensmittelmarkt.

* Lebensmittelpreise in den Berliner Markthallen pro Pfund in Mark am 21. April: Rindfleisch 3700 bis 5400, Kalbfleisch 3200 bis 4500, Hammelfleisch 4000 bis 4800, Schweinefleisch 4200 bis 5000, Meiereibutter 8200 bis 9200, Margarine 2700 bis 3600. Schmalz 4600 bis 5000 Rindertalg (auskael.) 3600 bis 4000.

Bezugspreis des Anzeigers beträgt für April 2500 Mk. Anzeigenpreise: Im Anzeigenteile für die Millimeter Raumzeile 50 Mk. für Anzeigen aus dem Kreise Paderborn und 75 Mk. für solche aus anderen Gebieten, für Stellengesuche 30 Mark. Im Reklameteil 100 bezw. 150 Mk. Beilagengebühr 2500 Mk. das Tausend ausschl. Postgebühr. Etw. Rabatt ist Kassenrabatt und erlischt 14 Tage nach Rechnungsempfang. — (Bei Betriebsstörung infolge Streik, Aussperrung usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugsgeldes.) Druck u. Verlag des Paderborner Anzeigers, Akt.-Ges. Geschäfts- und Schriftleitung Martin Wagner in Paderborn.

Familiennachrichten.

Gestorben:: Wtw. Dünschede, Therese geb. Gruß, 83 Jahre, Paderborn. Ehefrau Jos. Ickemeyer, Josefine geb. Husmann, Elsen.

Kaiserhof Paderborn, Kampstr.
Nur vom 20. bis 29. April, täglich 8 Uhr.
Einlaß und Kassenöffnung 7 Uhr.

Die große Zauberschau DIREKTOR KASSNER

Eine Schau seltsamer Wunder
in noch nie dagewesener Vollendung.

Karten im Zigarrenhaus A. Breker, Westerntor, Telefon 631, und täglich von 11—1 Uhr im Kaiserhof.

Sonntags 2 Vorstellungen, 3½ u. 8 Uhr. Nur Nachmittags kleine Preise und 2 Erwachsene 1 Kind frei.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Die viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 3. Januar ds. Js. betr. Schutzmaßnahmen gegen die Tollwut, wird hierdurch für die Amtsbezirke Neuhaus und Delbrück aufgehoben.

Paderborn, den 19. April 1923.

Der Landrat

Pater Ludwig Koch, S. J., Porto Allegre, Brasilien, schreibt unter dem 15. Mai 1922:

„Ihre vorzüglichen **Nährsalze** werde ich auch hier weiter empfehlen. Herzlichen Dank und Gruß.“

Daß ich jetzt wieder bei Kräften bin und arbeiten kann, dieses verdanke ich nächst Gott Ihren Nährsalzen. Gott möge es Ihnen tausendfach vergelten.

Ihr dankbar ergebener
Pater Dautzenberg.

Bamberg, Karmeliterkloster, 27. März 1923.

Verlangen Sie Auskunft von **Apotheker Clemens Schlüter, Paderborn, Ikenberg 10,** unter Beifügung von 500 Mark und näheren Mitteilungen, auch ev. Aussagen Ihres Arztes.

Stadttheater Paderborn (Bürger-Vereins-Saal)
Dienstag, 7 Uhr
„Eine Ballnacht“
Große Operette von O. Strauß.
Donnerstag 7 Uhr
„Der dunkle Punkt“
Lustspiel von Kadelburg & Presler

Schafmarkt
zu **Paderborn** auf dem **Konviktplatze** am
Freitag, d. 4. Mai 1923.
Auftriebszeit von 6—8 Uhr.
Für die in der Nacht eintreffenden Herden sind besondere Hürden aufgeschlagen.

Suche für sofort einen zuverlässigen
Fuhr- und Ackerknecht.
Gut Schelk b. Letmathe

Lokomobilen sowie Motore
aller Art
auch schwer beschädigte laufend
zu kaufen gesucht.
Angebote unter K 1327 an die Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

Große Nachlaß-Versteigerung
Mittwoch, den 25. April 1923, vorm. 10 Uhr
werde ich den Nachlaß der Witwe Terfunen auf dem Hofe des Hotels Wiethaup, Heiersstraße 25, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Es gelangen zum Verkauf:
1 Sofa, Rohrstühle, Teppiche, Bettstellen mit Matratzen und Keilkissen, Ober- und Unterbetten, Kissen und Decken, 2 Kleiderschränke Anrichte, Paneelbretter, Tische, Stühle, Gaskocher mit Tisch, Küchenherd (schwarz), eine Partie Küchengeschirr, Kisten, Gestelle, 3 Ztr. Kartoffeln.

Ferner:
1 Kreuzleine, 1 Dezimalwage, 1 Fahrrad mit Freilauf, 1 Waschmaschine, 2 Federbetten, 2 Reisekörbe, mehrere Anzüge und Mäntel, 1 Posten Schuhe und Pantoffeln, 2 Schrotmühlen, 1 Wandbohrmaschine, 1 **Kochherd (weiß emailliert),** 1 neue Nähmaschine, 1 Wäscheschrank, 1 Posten Hirsch- und Rehgeweihe, 1 Jagdflinte mit Ejektor, eine große Partie kleinerer Haushaltungsgegenstände.

Theodor Beckers, beeid. Aukt.,
Thisaut 10 **Paderborn** Fernruf 369.

Damenschürzen
in großer Auswahl
preiswert vorrätig
H. Gose, Paderborn
Grube 12

Zum Tode verurteilt sind Läuse, Wanzen, in ½ Stunde unt. Garantie Flöhe Brut b. Mensch u. Tier mit „Risolda“ ges. gesch. Mitt. 100 000 mal bew. **Johannes Hambrock,** Paderborn Schildern 6

Bekanntmachung.

Durch Verfügung vom 20. März ds. Jrs. (Amtsblatt Nr. 13, Ziffer 191|92 hat das Oberversicherungsamt den Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter sowie den Ortslohn für den Bezirk des Versicherungsamts Paderborn vom 1. April 1923 ab wie folgt festgesetzt:

	männliche Personen			weibliche Personen		
	unter 16 Jahren Mk.	von 16 bis 21 Jahren Mk.	über 21 Jahren Mk.	unter 16 Jahren Mk.	von 16 bis 21 Jahren Mk.	über 21 Jahren Mk.
	a. Ortslohn (§ 149 R.V.O)					
	1200	2700	3600	900	2100	2700
	b. Jahresarbeitsverdienst (§ 936 R.V.O.)					
Landwirtschaftliche Arbeiter	201 500	353 000	453 500	151 000	227 000	302 500
Forstarbeiter	302 500	529 000	680 500	201 500	302 500	378 000

Paderborn, den 21. April 1923.

Versicherungsamt des Kreises Paderborn.

Immer weitere Kreise überzeugt der
„ANZEIGER“
von seiner Unentbehrlichkeit als Lokalblatt.